

Landrat bei Sparpaket auf Regierungskurs

Aktualisiert am 08.03.2012 6 Kommentare

Der Baselbieter Landrat ist bei der Beratung des 180-Millionen-Sparpakets für den Staatshaushalt der Regierung gefolgt. Bei zwei der umstrittensten Fragen unterlagen Gegenanträge jedoch nur hauchdünn.



Der Landrat beriet heute über das Sparpaket von Finanzdirektor Adrian Ballmer.

Bild: Kostas Maros

Artikel zum Thema

Baselbieter Sparpaket fordert Stellenabbau

Ballmer beharrt auf Sparpaket

Das Entlastungspaket steht vor dem Scheitern

Stichworte

Baselbieter Landrat

In der Debatte im **Baselbieter Landrat** waren namentlich Einsparungen im Bildungsbereich und im öffentlichen Verkehr (ÖV) umstritten: die Überführung der Zweijährigen Berufsvorbereitenden Schule (BVS 2) in ein einjähriges Brückenangebot sowie ÖV-Fahrplanausdünnungen vor allem im Oberbaselbiet.

Beide Abbaumassnahmen wurden vom Rat mit jeweils nur einer Stimme Mehrheit abgesegnet. Zu beiden Punkten sind noch Volksinitiativen hängig. Gegen die Massnahme im ÖV hatten sich vor allem SP und Grüne gewehrt, gegen jene im Bildungsbereich die SP sowie Mehrheiten von Grünen und BDP/GLP.

scheiterte die SP mit einem Antrag gegen die Erschwerung des Steuerabzugs für Gesundheitskosten. SP und Grüne und in einzelnen Punkten auch die BDP/GLP-Fraktion hatten schon in der Eintretensdebatte angekündigt, nicht alle Massnahmen mittragen zu wollen. Dagegen sprachen sich SVP und FDP sowie weitgehend auch die CVP/EVP für die Annahme des Pakets aus.

Weitere Beratung folgt

Traktandiert hatte der Landrat am Donnerstag 29 Beschlüsse mit einem Sparpotential von 40 bis 50 Millionen Franken. Insgesamt beinhaltet das von der Regierung vorgelegte Paket 180 Millionen; Massnahmen in Regierungskompetenz mit 75 Millionen Sparpotential waren indes schon mit dem Budget 2012 abgesegnet worden.

Ein Teil der am Donnerstag traktandierten Beschlüsse, die Gesetzes- und Verfassungsänderungen betreffen, wurden zudem nur in erster Lesung beraten. Fortgesetzt werden soll die Debatte am 22. und allenfalls 29. März. Als Termin für eine Volksabstimmung ist der 17. Juni vorgesehen. (amu/sda)

Erstellt: 08.03.2012, 09:43 Uhr

Alle Kommentare anzeigen